T1-011: Vorschlag zur Tagesordnung des Landesvorstandes

Antragsteller*innen	Landesvorstand (beschlossen am: 29.03.2022)

Antragstext

Von Zeile 10 bis 12:

TOP 6 Anerkennungen
TOP 7 Dringlichkeitsanträge
TOP 8 Verschiedene Anträge
TOP ~~8~~9 Verschiedenes

Begründung

Bisher waren in der Tagesordnung keine Dringlichkeitsanträge angedacht. Durch den neuen Antrag D1 "Bis hierhin und nicht weiter - 1,5 Grad heißt Lützerath bleibt" wird dieser Tagesordnungspunkt jedoch notwendig.

L1-044: NRW? Lass mal ändern!

Antragsteller*innen Carl-Niklas Lempert (OG Witten)

Antragstext

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:

Hilfe, die sie benötigen. Der Leistungsdruck sorgt für Frust und Stress, das wirkt sich auf ihre Stimmung und psychische Gesundheit aus. Schule wird ihrem Auftrag der Erziehung junger Menschen zu mündigen, couragierten Demokrat*innen nicht gerecht. Durch die Abschaffung von Noten, deutlich mehr Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen

Begründung

Unser Ziel ist nicht nur eine infrastrukturelle Verbesserung der Situation an Lernorten, sondern insbesondere eine Veränderung, wie und was gelernt wird. Lernende sollten stärker an den Lehrinhalten beteiligt werden und an Bildungsorten selbstwirksam lernen demokratisch Entscheidungen zu fällen und das nicht nur in Schüler*innenvertretungen, die von der Schulleitung im besten Fall müde belächelt werden.

L1-116: NRW? Lass mal ändern!

Antragsteller*innen Carl-Niklas Lempert (OG Witten)

Antragstext

Von Zeile 115 bis 118:

verbessern wollen. Die CDU hat bewiesen, dass mit ihr nicht zu arbeiten ist, sie erweist sich als Bremserin in allen Politikfeldern. Mit ~~der Werteunion rechts-außen~~einer sogenannten Brandmauer nach rechts, die im Optimalfall bei einer seichten Brise nicht zusammen fällt und unfähigem Personal ist die CDU keine Partnerin für uns. Eine Koalition mit der CDU lehnen wir klar ab!

Begründung

Die WerteUnion in diesem Zusammenhang anzuführen halte ich für unangebracht. Klar hat die Union ein nicht komplett geklärtes Verhältnis zur WerteUnion, es fehlt nach wie vor ein Unvereinbarkeitsbeschluss, aber letztere ist dennoch nicht Teil der Partei. Zumal es genug Beispiele gibt, die gar nichts mit der WerteUnion zu tun haben! Deswegen möchte ich lieber auf die generelle Schwierigkeit der Abgrenzung nach rechts verweisen.

L1-046: NRW? Lass mal ändern!

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, René Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

Von Zeile 45 bis 47 einfügen:

Abschaffung von Noten, deutlich mehr Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen wollen wir lernenden jungen Menschen bessere, inklusive, mitbestimmte und personalisierte Räume des Lernens und der Selbstentfaltung bieten.

Begründung

Wir brauchen endlich ein klares Plädoyer für inklusive Bildung!

Plädoyer = deutlich machen, dass sich mensch für etwas - in diesem Fall inklusive Bildung - deutlich einsetzt

L1-089: NRW? Lass mal ändern!

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, René Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:

Aber die Mieten müssen auch schnell runter, eine scharfe und flächendeckende Mietpreisbremse ist das erste Mittel. Guter, barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum gehört zur Grundversorgung, ob auf dem Land oder in der Stadt! Gute Orte bedeutet aber mehr

Begründung

Wohnraum kann noch so bezahlbar sein - wenn er nicht auch barrierefrei ist, bleibt er für viele Behinderte Menschen nicht zugänglich.

L1-064: NRW? Lass mal ändern!

Antragsteller*innen AK Öko (dort beschlossen am: 29.03.2022)

Antragstext

Von Zeile 64 bis 65 einfügen:

Für uns ist klar, dass barrierefreie Mobilität zur Grundversorgung gehört. Kurzfristig muss also das Azubi-Ticket dem Studi-Ticket angeglichen werden, aber auch das Studi-

Von Zeile 68 bis 70 einfügen:

unser erklärtes Ziel, sofort muss das für unter 18-jährige, Schüler*innen & Empfänger*innen von Sozialleistungen gelten. Die kostenlose ganztägige Fahrrad- und Haustiermitnahme muss Norm werden. Anders geht die Verkehrswende gerade auf dem Land nicht. Ebenso braucht es flächendeckenden barrierefreien Zugang zu Bus und Bahn. Das bedeutet auch, dass die neue Landesregierung Einfluss nehmen muss auf die großen Projekte beim Autobahnausbau

Begründung

Wir haben ganz klare, wichtige Forderungen für eine Verkehrswende, die bitter nötig sind. Wir brauchen endlich barrierefreie Mobilität, damit ÖPNV kein Privileg bleibt. Bus + Bahn, die z.B. für Menschen mit Rollstuhl (weitestgehend) unzugänglich sind machen gesellschaftliche Teilhabe schwer. Dabei müssen wir immer wieder ganz klar Bezug auf ländliche Regionen nehmen. Denn nur ein bezahlbares Ticket zur Personenbeförderung ist auf dem Land nicht die Lösung. Es braucht eine Kombination aus Bus + Bahn und z.B. Fahrrad. In vielen Gegenden ist die benötigte Bushaltestelle zu Fuß kaum in praktikabler Zeit zu erreichen. Kann ich aber das Fahrrad nehmen und an der Ausstiegshaltestelle den weiteren Weg radelnd zurück legen, dann hat der ÖPNV auf dem Land das Potenzial zu einer echten Alternative. Auch wenn natürlich nicht alle Menschen Fahrrad fahren *können*.
Dazu kommt die kostenlose Mitnahme von Haustieren. Der Weg zur*m Tierärzt*in führt momentan vielerorts nur über das Auto. Denn schon das Mitnehmen eines

kleinen Hundes kostet extra. Die Verkehrsbetriebe schieben die Verantwortung für Regelungen zur kostenlosen Mitnahme gern von sich. Deswegen müssen wir dahingehend immer wieder Druck machen. Und wir müssen den Menschen auf dem Land ganz klar die Botschaft senden, dass wir ihre Probleme sehen und angehen wollen.

Wir möchten an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass der Text in schwieriger Sprache verfasst ist und das Verstehen erschwert. An dieser Stelle geben wir gerne eine Formulierungsalternative mit auf den Weg:

"Für uns ist klar, dass **barrierefreie** Mobilität zur Grundversorgung gehört. Kurzfristig muss also das Azubi-Ticket dem Studi-Ticket angeglichen werden. Aber auch das Studi-Ticket muss endlich wieder bezahlbar werden - momentan sind die Preise oft viel zu hoch.
Unser Ziel ist ganz klar: Bus und Bahn sollen auf lange Sicht kostenlos für alle sein. Sofort muss das für unter 18-Jährige, Schüler*innen & Empfänger*innen von Sozialleistungen gelten. **Die kostenlose ganztägige Fahrrad- und Hautiermitnahme muss Norm werden. Anders geht die Verkehrswende gerade auf dem Land nicht.Ebenso braucht es flächendeckenden barrierefreien Zugang zu Bus und Bahn.**
Das bedeutet auch: die neue Landesregierung muss Einfluss nehmen auf die großen Projekte beim Autobahnausbau und beim Ausbau der Landstraßen. Die Milliarden müssen dringend in den ÖPNV Ausbau gesteckt werden, anstatt an klimaschädlichen und extrem teuren Projekten festzuhalten."

S1-012: Verlängerung der Änderungsantragsfrist

Antragsteller*innen René Adiyaman

Antragstext

Von Zeile 12 bis 13:

1. Änderungsanträge können bis ~~zu 48 Stunden~~zum vorletzten Tage vor ~~Beginn~~ der Mitgliederversammlung in Textform eingereicht werden. Änderungsanträge an

Begründung

Eine Fristberechnung für Stunden vor der MV führt zu potentiell rechtsunsicheren Zuständen: Wenn die MV am Freitag um 20:00 Uhr beginnt, müsste der Antrag Mittwoch davor um 20:00 Uhr eingereicht sein. Wenn wegen technischer Probleme, Probeallarm, verlängertem Orga-Aufwand, zu kleinem Plenarsaal, Warten auf Nachzügler*innen vom Abendessen o.ä. der Beginn erst später wäre, würde sich automatisch dadurch das Fristende verändern. Das wird hier sicherlich nicht gewollt sein.

V1-001: Krieg kennt keine Gewinner*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!

Antragsteller*innen Aras Osso (GJ Düren)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 4:

~~Am Morgen des 24. Februars 2022 begann nicht die erste völkerrechtswidrige militärische Auseinandersetzung, die der russische Präsident Wladimir Putin aus imperialistischen Motiven vom Zaun brach. Doch dieser~~ Seit 2014 befindet sich die Ukraine mit dem Putin Regime in einem Krieg, welcher mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch russische Seperatisten, die vom Kreml unterstützt werden, ausbrach. Allein in der Krim verloren über 9000 Menschen,davon über 2000 Zivilist*innen ihr Leben. Den Höhepunkt erreichte dieser Krieg mit der völkerrechtswidrigen Anerkennung der Seperatistengebiete Luhansk und Donezk und der anschließenden völkerechtswidrigen Offensive auf die gesamte Ukraine am 24.Februar 2022. Dieser Krieg, der in aller Härte gegen die Zivilbevölkerung eines souveränen Staates vorgeht, schockt uns und

Begründung

"Am Morgen des 24. Februars 2022 begann nicht die erste völkerrechtswidrige militärische Auseiandersetzung[.....]" "Doch dieser Krieg[.....]"
Die Großoffensive auf die gesamte Ukraine am 24.Febraur 2022 darf nicht seperat betrachtet werden. Das ist kein neuer Krieg! Sie ist Teil des völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine, welche schon 2014 mit der Annexion der Krim durch russische Seperatisten begann. Insgesamt verloren in der Krim über 9.000 Menschen ihr Leben, davon über 2.000 Zivilist*innen. Auch in der Krim ging man während der Annexion mit voller Härte gegen Zivilist*innnen vor.
Dadurch, dass die mediale Präsenz zu diesem Krieg seit 2022 im Vergleich extrem angestiegen ist, kann schnell der Eindruck in der Gesellschaft gewonnen werden, dass das Leid der Menschen in der Ukraine erst mit der völkerrechtswidrigen militärischen Auseinandersetzung am 24.Februar 2022 begann. Das ist ein Irrtum. Daher finde ich es wichtig als Grüne Jugend NRW in unserem Positionsblatt sehr deutlich zumachen, dass Putins Krieg gegen die Ukraine ein sehr langwieriger ist und nicht erst seit 2022 die Menschen in der Ukraine unter seiner Brutalität zu Leiden

haben. So unterbindet man auch seitens der Grünen Jugend, dass die Parteien (CDU/CSU und SPD), die von 2013-2021 in der Regierung waren, sich ihrer politischen Verantwortung entziehen. Stichpunkt Gas, Öl und Kohleabhängigkeit zu Russland. Finanzielle Unterstützung Russlands während des Krieges in der Krim und anderen Regionen.
Ich hoffe, dass meine Begründung für alle Menschen, die das grade hier lesen nachvollziehbar ist. Falls nicht, könnt ihr mich gerne während der LMV ansprechen.

UNO-Bilanz - Fast 10.000 Tote im Ukraine-Konflikt | deutschlandfunk.de

V1-061: Krieg kennt keine Gewinner*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!

Antragsteller*innen	Koi Katha Blaeser, Elena Balke, René Adiyaman, Louisa Albrecht, Lena Cornelissen

Antragstext

Von Zeile 60 bis 64:

Genauso selbstverständlich müssen unsere Türen auch für Russ*innen geöffnet sein, die ~~von~~vor Putins Schreckensherrschaft fliehen. Und wir müssen auch einen besonderen Blick auf marginalisierte Gruppen haben, so sind es beispielsweise ~~queere~~LGBTQIANP+ Menschen, die sowohl in der Ukraine, als auch in Russland unter dem Krieg und der Situation besonders leiden. Zuletzt darf die Unterbringung der neuen

Begründung

Redaktionelle Änderung.
LGBTQIANP+ ist eine inklusive Schreibweise, um möglichst viele Gruppen der queeren Community sichtbar zu machen. Wofür steht LGBTQIANP+?

- » L = lesbisch
- » G = gay ("gay" steht im Englischen für homo*, bzw. schwul)
- » B = bi*
- » T = trans*, Two-Spirit
- » Q = queer, questioning
- » I = inter*
- » A = a*spec (=asexuelles & aromantisches Spektrum), agender
- » N = nicht-binär
- » P = pan*, poly*

Ihr merkt also: Ein Buchstabe kann für mehr als eine Gruppe stehen. Das * ist ein Platzhalter für mögliche Endungen. Bei bi* kann das z.B. biromantisch, bisexuell oder auch bigender sein. Bei trans* z.B. transgeschlechtlich oder transgender. Das hängt von der Selbstbezeichung der jeweiligen Person ab und ist individuell. Damit auch sprachlich alle gemeint sind, ist es wichtig mit einem * auch alle abzubilden.
Wir fordern, dass LGBTQIANP+ verwendet wird. Der Begriff macht weniger bekannte

Gruppen der queeren Community bzw. Communities sichtbar. Zudem schafft er Bewusstein bei allen Menschen dafür, dass es mehr gibt als lesbisch, schwul, bi* und trans*.
Viele wissen nicht, wofür manche der Buchstaben (auch) stehen. So wird aber klar, dass es mehr gibt als eins bisher gelernt hat.
Wir haben in der Grünen Jugend NRW das wundervolle FINTA* Statut, das alleine vom Namen her inklusiver ist als in anderen Bundesländern. In manchen Bundesländern und bei den Grünen gibt es weiterhin ein Frauenstatut. In wieder anderen ein FIT* Statut.
Die Grüne Jugend NRW hat offensichtlich zurecht gesagt, dass das nicht ausreicht. Dass das einige Orientierungen und Identitäten unsichtbar macht und oder gar ausschließt.
Denn nicht jede agender Person identifiziert sich als nicht-binär. Und nicht jede nicht-binäre Person identifiziert sich als trans*. Wir nehmen also mit dem FINTA*-Statut bereits Rücksicht darauf, wie sich unsere Mitglieder selbst identifizieren. Wir bilden sie sprachlich ab und schaffen damit ein Bewusstsein für deren Existenz. Das sollten wir auch mit dem inklusiveren Akronym LGBTQIANP+ machen. Geben wir den romantischen und sexuellen Orientierungen und den gender Identitäten Raum. Bilden wir sie sprachlich ab und bringen sie damit ins Bewusstsein.
Begriffserklärungen:
Hier wird "man" durch "eins" ersetzt. "Man" wird von einigen Menschen als problematisch empfunden, da es sprachlich so nah an "Mann" ist. "Eins" ist eine gender-neutrale Alternative aus der Community.
Als Akronym wird ein Kurzwort bezeichnet, dass aus den Anfangsbuchstaben mehrerer Wörter zusammengesetzt wird. Ein anderes Beispiel dafür ist "WM". Das wird aus Welt und Meisterschaft zusammengesetzt und bildet ebenfalls ein Akronym.
Marginalisiert = übersetzt "randständig". Der Begriff bezeichnet Gruppen, die "am Rand der Gesellschaft" leben. Wir verwenden hier marginalisiert und diskriminiert als gleichbedeutend.
FINTA* steht für Frauen, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Das Sternchen steht für weitere Menschen, die aufgrund ihres Genders oder Geschlechtes Diskriminierung erfahren.
FIT* steht für Frauen, inter* und trans* Personen. Das Sternchen steht für weitere Menschen, die aufgrund ihres Geschlechtes oder Genders Diskriminierung erfahren.

V1-006: Krieg kennt keine Gewinner*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, René Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

Von Zeile 5 bis 7:

macht uns zutiefst betroffen. Wir verurteilen den Krieg Putins gegen die Ukraine und gegen alle, die unter ihm Leid erfahren. ~~Dieser Wahnsinn~~Diese Menschenverachtung muss beendet werden!

Von Zeile 32 bis 34:

Kapazitäten in Unterkünften und Verwaltungen durch die derzeitige Landesregierung ~~ein Irrweg~~der falsche Weg war. Die Sozialämter sind überlastet und können vielen hilfesuchenden Menschen nicht die Hilfe geben, die sie dringend

Begründung

Der Begriff "Wahnsinn" ist ableistisch. Er bezieht sich ursprünglich auf psychisch kranke Menschen.
In der heutigen Psychiatrie gilt "Wahn" als Symptome einer Psychose. Eine Psychose kann bei verschiedenen Erkrankungen, z.B. Schizophrenie, auftreten. Dabei geht es darum, dass Betroffene eine felsenfeste (/rw) Vorstellung von Situationen haben, die sich nicht mit der von Personen deckt, die in keiner Psychose sind.
Über lange Zeit hieß "wahnsinnig" so viel wie psychisch krank. Ebenso war Psychose lange ein Überbegriff für alle psychischen Erkrankungen.
Wir nutzen oft "wahnsinnig" als relativ gleichbedeutend wie "irre".
Das heißt auch: Die Wahrnehmung von psychisch gesunden Personen ist richtig, die von psychisch kranken Menschen ist "Irrtum".
"Wahnsinnig" verwenden wir fast immer im negativen Sinne - auch in diesem Fall.
Das ist kein Bild von psychisch kranken Menschen, das wir weiter aufrecht erhalten

sollten.
Gleiche Begründung gilt also auch für den Begriff "Irrweg". "Irre" ebenso wie "wahnsinnig" ableistisch.
Es gibt deutlich weniger diskriminierende und gleichzeitig präzisere Formulierungen.
Erklärungen:
Ableismus = Diskriminierung Behinderter Menschen
"(/rw)" markiert Redewendungen. Dies ermöglicht das Lesen für viele neurodivergente Menschen. Darunter fallen u.a. Autist*innen oder Menschen mit ADHS

V1-058: Krieg kennt keine Gewinner*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, René Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

Von Zeile 57 bis 59:

Diese gute Versorgung und Strategie muss für ALLE gelten.
An der Grenze werden beispielsweise ~~s~~S chwarze Studierende aus der Ukraine schlechter behandelt, wir müssen diesem offenem Rassismus entgegentreten.

Begründung

Schwarz ist eine soziale Kategorie und die Selbstbezeichnung Schwarzer Menschen. Deswegen wird "Schwarz" mit großem "S" geschrieben. Das macht deutlich, dass es nicht um die Hautfarbe geht, sondern um die gesellschaftliche Realität von Rassismus. Außerdem wäre für eine Beschreibung der Hautfarbe "schwarz" nicht passend - die Haut Schwarzer Menschen ist nicht schwarz.

V1-064: Krieg kennt keine Gewinner*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, René Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

Von Zeile 63 bis 65 einfügen:

queere Menschen, die sowohl in der Ukraine, als auch in Russland unter dem Krieg und der Situation besonders leiden. Behinderte Menschen haben es schwerer auf und nach der Flucht - z.B. weil Unterkünfte nicht barrierefrei sind. Es braucht inklusive Fluchtwege und gleichberechtigte Bedingungen nach Ankunft der Geflüchteten in Deutschland. Zuletzt darf die Unterbringung der neuen Geflüchteten auch keinesfalls zur schlechteren Behandlung von denen führen, die

Begründung

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass marginalisierte Gruppen in den Blick genommen werden (/rw). An dieser Stelle braucht es auch die Sichtbarkeit Behinderter Menschen und ihrer Herausforderungen.
"(/rw)" markiert Redewendungen. Dies ermöglicht das Lesen für viele neurodivergente Menschen. Darunter fallen u.a. Autist*innen oder Menschen mit ADHS

Wir würden es auch bei diesem Antrag begrüßen, wenn eine schriftliche Begründung geliefert würde. Auch das ist ein Schritt Richtung Barrierefreiheit - auch wenn das vielen Menschen nicht bewusst ist.

V2-077: Profite pflegen keine Menschen!

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, René Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

Nach Zeile 77 einfügen:

- Förderung der Mitbestimmung und Selbstbestimmung von Patient*innen

Begründung

In diesem Antrag liegt der Fokus auf Pflegekräften. Das ist richtig und wichtig. Dennoch hat dieser Antrag auch den Anspruch, auf die Seite der Patient*innen zu schauen.
Ohne Zweifel profitieren diese von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege. Und doch - nicht alle Probleme der Patient*innen würden sich in Luft auflösen (/rw).
Patient*innen erleben auch Übergriffigkeiten, Fremdbestimmung und Gewalt, die nicht mit dem Pflegenotstand zusammen hängt. Das muss so anerkannt werden.
Der Bereich der Patient*innen-Vertretungen muss neu strukturiert und ausgebaut werden. Patient*innen-Fürsprecher*innen sind nur eine Möglichkeit.

"(/rw)" markiert Redewendungen. Dies ermöglicht das Lesen für viele neurodivergente Menschen. Darunter fallen u.a. Autist*innen oder Menschen mit ADHS

V2-077-2: Profite pflegen keine Menschen!

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, René Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

Nach Zeile 77 einfügen:

- Aufnahme von Diskriminierung und Diskriminierungs-Formen wie Klassismus, Ableismus, Rassismus, Ageismus, LGBTQIANP+feindlichkeit oder Sexismus in die Lehrpläne von Berufen im Gesundheits-Bereich

Begründung

Im Gesundheits-Bereich begegnet uns Diskriminierung bisweilen und je nach Ort häufiger als in anderen Bereichen. Das mag in einigen Fällen an den betreffenden Personen liegen. Würden Formen der Diskriminierung allerdings bereits in Ausbildung und Studium gelehrt würde viel früher ein Bewusstsein geschaffen. Dadurch ist das Potential einer diskriminierungsfreieren Gesundheitsversorgung wesentlich höher.

An dieser Stelle sei das Beispiel der weiblich gelesenen Person, deren Beschwerden von zumeist cis männlichen Personen nicht ernst (genug) genommen werden bemüht. Oder auch das Deadnamen und Ignorieren der Pronomen einer Person durch Ärzt*innen. Was vermutlich auch daran liegt, dass diese sich damit bisher nicht auseinandergesetzt haben und die Tragweite des Handelns unterschätzen.

Erklärungen:

LGBTQIANP+feindlichkeit steht für die Diskriminierung aufgrund von Genderidentität, romantischer und oder sexueller Orientierung. LGBTQIANP+ steht für lesbisch, schwul, bi*, trans*, Two-Spirit, queer, questioning, inter*, a*spec (aromantisches & asexuelles Spektrum), agender, nicht-binär, poly*, pan* und alle weiteren.

Ableismus steht für die Diskriminierung Behinderter Menschen

Ageismus steht für Altersdiskiminierung

Klassismus steht für Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und oder Position

Deadname = Name, mit dem sich Menschen nicht identifizieren und den diese abgelegt haben.

V4-023: Mehr Barrierefreiheit

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, Elena Balke, René Adiyaman, Louisa Albrecht, Henry Soltau

Antragstext

Von Zeile 22 bis 23 löschen:

- 5 Minuten) einlegen. Darauf ist bei Präsenz, hybrid und online Veranstaltungen zu achten.[Leerzeichen]

Von Zeile 48 bis 49 löschen:

- » Alles andere ist für Personen, die Screenreader*innen nutzen, nicht zugänglich.[Zeilenumbruch]

In Zeile 65:

Folgende Maßnahmen sind mit höheren Kosten verbunden:[Leerzeichen]

Aufgrund des Planungsaufwandes und möglicher höherer Kosten sind diese Maßnahmen mit einer Übergangsfrist versehen. Diese beträgt zunächst 1 Jahr. Sie kann auf Antrag von der Mitgliederversammlung um 1 Jahr verlängert werden. Die Begründung enthält eine Aufstellung des Umsetzungs- und Planungsstandes. Dazu auch die weitere Planung. Menschen mit Behinderung, chronischen und oder psychischen Erkrankungen wird die Möglichkeit einer Stellungnahme eingeräumt.

Begründung

Die Begründung aus dem Antrag findet auch hier Anwendung.
Als weiterführende Begründung dazu: Nun haben wir ein paar Punkte genannt, die vermutlich kostenintensiver sind als die anderen. Das mag abschrecken, aber wir reden hier von Menschenrechten.
Dazu ist anzumerken, dass nicht alle Punkte, die Mitgliederversammlungen betreffend höhere Kosten verursachen. An der Stelle wurden die Punkte der Übersichtlichkeit halber zusammen aufgeführt. Denn Rückzugsmöglichkeiten und ausführliche Beschreibungen zum Programm kosten nichts oder sind zumindest günstig. Ebenso eine schnellere Essensausgabe und die Einbeziehung in die Planung.
In Zusammenarbeit mit den Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden und den Grünen NRW sind wir uns sicher schaffen wir auch das. Wenn wir Absprachen z.B. über das Ausleihen von Equipment treffen, sollten wir mit hybriden Veranstaltungen der Grünen mithalten können. Und die Dolmetschung betreffend könnten immer wieder Abfragen an die Mitglieder gehen ob es Menschen gibt, die das übernehmen könnten.

V5-043: Lass mal GJ NRW inklusiver machen

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, Elena Balke, René Adiyaman, Louisa Albrecht, Henry Soltau

Antragstext

Von Zeile 42 bis 44 löschen:

- Die Workshops werden stets von Behinderten, chronisch / psychisch kranken und oder neurodivergenten Expert*innen gemacht. ~~Diese werden angemessen für ihre Arbeit bezahlt.~~

Begründung

Eine Bezahlung müsste eigentlich gegeben werden. Wir sollten nicht mehr kostenlose Bildungsarbeit erfordern.
Die Entscheidung fällt uns nicht leicht, aber wir setzen hier eine andere Priorität:
Wir brauchen als Verband die Workshops zum Thema Ableismus sehr dringend. Es gibt auch in unseren Reihen (/rw) Expert*innen in diesem Bereich.
Wir streichen die Bezahlung hier heraus. Wir werden genau diese Expert*innen also einmal mehr auffordern, ihre Expertise kostenfrei zur Verfügung zu stellen.
Sobald es die Finanz-Lage zulässt, fordern wir definitiv eine Bezahlung - und zwar eine angemessene.

V5-034: Lass mal GJ NRW inklusiver machen

Antragsteller*innen	Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, Elena Balke, René Adiyaman, Louisa Albrecht, Henry Soltau

Antragstext

Nach Zeile 34 einfügen:

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen kann der Landesvorstand einen Unterstützer*innen-Pool bilden. Dieser kann z.B. Bildbeschreibungen erstellen, Texte in einfacher Sprache formulieren und Untertitel verfassen.

Begründung

Die Begründung aus dem Antrag findet auch hier Anwendung.
Als ergänzende Begründung dazu: Unser Verband lebt von unseren Mitgliedern. Von unserer ehrenamtlichen Arbeit und Arbeitsteilung. Arbeit muss aber nicht auf wenige geladen werden - zur Entlastung können wir sie auch auf viele Schultern verteilen. Um dies hervorzuheben, schlagen wir einen Unterstützer*innen-Pool vor. Dort können sich Landesvorstand und Social Media Team z.B. melden und fragen wer eine Bildbeschreibung verfassen kann. Wir haben so viele motivierte Menschen, die da gerne helfen und auch aktiv zu mehr Barrierefreiheit beitragen können.